

#### 4. DIE ALTE REPUBLIK (1889-1930)

##### 4.1 Rahmenbedingungen der Parteienentwicklung: Entstehung und Verfassung der Alten Republik

Am 15. November 1889 setzte das Militär den Kaiser ab und rief die Republik aus. Der Sturz der Monarchie war aber nicht das zufällige Ergebnis eines willkürlichen Militärputsches. Die tieferen Ursachen für den Untergang des Kaiserreichs sind im sozio-ökonomischen Transformationsprozeß der vorangegangenen Jahrzehnte zu sehen, durch den der monarchischen Ordnung zunehmend die politische Basis entzogen wurde. Den politischen Stützfeiler des Kaiserreichs bildeten traditionell vor allem die politischen Kräfte der Zucker produzierenden Latifundienwirtschaft des Nordostens. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts befand sich dieser Wirtschaftszweig jedoch im Niedergang. Gleichzeitig entstanden durch die allmählich einsetzende Industrialisierung und die stark expandierende Kaffeeproduktion insbesondere im Südosten neue und dynamischere soziale Gruppen. Diese aufstrebenden Gesellschaftsschichten besaßen ganz andere Interessenprofile, die aber durch die Dominanz der alten politischen Kräfte im Kaiserreich nicht genügend zur Geltung kamen. Das starre politische System schaffte es nicht, sich dem Wandel der sozialen Forderungen und Kräfteverhältnisse in einer komplexer werdenden Gesellschaft anzupassen. Der Verlust des politischen Rückhalts, der sich aus dieser Situation ergab, bildete die Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung eines Staatsstreichs.

Durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der achtziger Jahre, die Frage der Abschaffung der Sklaverei sowie anhaltende Spannungen zwischen den Streitkräften und der Regierung spitzte sich die Lage weiter zu. Die Entwicklung mündete schließlich in den Fall des Kaiserreichs, der entweder protestlos hingenommen oder sogar offen begrüßt wurde. Es genügte ein morgendlicher Truppenaufmarsch, und das völlig unterinstitutionalisierte monarchische System fiel, ohne Widerstand zu leisten, in sich zusammen.<sup>64</sup>

Die 'revolutionäre Bewegung' wurde dabei ausgerechnet von General Deodoro da Fonseca angeführt, einem Monarchisten und persönlichen Freund des Kaisers. Den unmittelbaren Ausschlag für das Eingreifen des Militärs bildete die drastische Verschlechterung der Beziehung zwischen Streitkräften und Regierung. Seit den siebziger Jahren war die Unzufriedenheit in den Reihen der Armee über schrumpfende Militärausgaben und die infolgedessen unzureichende und überalterte Ausrüstung, über die Praxis der Zwangsrekrutierung sowie unbefriedigende Karriereaussichten ständig angewachsen.

Als zwei Offiziere wegen ihrer öffentlichen Kritik an der Regierung verhaftet wurden, kam es zur Krise. Das Offizierskorps besaß ein ausgeprägtes Gefühl von Glanz und Ehre der Militärinstitution. Das Vorgehen der von vielen als korrupt angesehenen politischen Klasse gegen die protestierenden Offiziere sowie ihr gesamtes Auftreten gegenüber der Armee empfand die Militärführung als respektlose Demütigung der Würde der Streitkräfte. Laut Basbaum war es in erster Linie diese Verletzung des militärischen Selbstverständnisses, welche die Armee zum Eingreifen veranlaßte, und nicht ein diffuses republikanisches Ideal:

„In den meisten lateinamerikanischen Republiken hatten *caudillos* die Armee in ein Instrument verwandelt, mit dem Gruppen des Großgrundbesitzes um die Macht kämpften. Das gab es in unserem Land nicht. Zumindest seit dem Ende des Paraguay-Krieges bis zur Republik war die Position der Armee die einer unabhängigen, von den herrschenden

---

<sup>64</sup> Zu den tieferen sozialen Ursachen für den Untergang der monarchischen Ordnung siehe insbesondere Emília Viotti da Costa, *Da monarquia à República: momentos decisivos* (São Paulo: Grijalbo, 1977) und Leôncio Basbaum, *História sincera da República: das origens até 1889*, vol. 1, 3a. ed. (São Paulo: Fulgor, 1967).

Klassen und gesellschaftlichen Kräften losgelösten Kraft, die in sich selbst eine Art *Subklasse* bildete und sich lediglich um ihre eigenen Interessen kümmerte. Selbst ein General erster Größe wie Deodoro stellte sein Kastengefühl immer über die Unterordnung unter die konstituierte Regierung.

Und wenn die Armee das Kaiserreich stürzte, so nicht aus irgendeinem politischen Ideal: Sie wollte sich lediglich für angenommene Angriffe Genugtuung verschaffen. Der Fall des Kaiserreichs ging über ihr Ziel hinaus.

Denn die Armee war, wie wir gesehen haben, weder an ihrer Basis (die Soldaten) noch im Offizierskorps republikanisch, auch wenn es in ihren Reihen viele Republikaner gab.

So wurde, wenn dies auch seltsam erscheinen mag, die Republik in unserem Land von einer nicht-republikanischen Armee ausgerufen. Und in Wirklichkeit wurde das Kaiserreich nicht gestürzt: es zerfiel.<sup>65</sup>

Die Rolle der Republikaner bei der 'Revolution des 15. Novembers' war sehr beschränkt. Der republikanische Gedanke hatte im Kaiserreich nur wenige Anhänger gefunden und sich auch in der Armee nicht durchgesetzt. Beim Staatsstreich handelten die Streitkräfte nicht aus einer republikanischen Gesinnung heraus.

Bei den vorausgegangenen Spannungen zwischen Armee und Regierung hatten sich die Republikaner jedoch hinter das Militär gestellt. Sie hatten versucht den Unmut der Streitkräfte zu nutzen, um sie auf ihre Seite zu ziehen. Bei der Idee eines Umsturzes der monarchischen Ordnung wurde die Militärführung von den Republikanern bekräftigt. Durch den Lauf der Ereignisse kam es so mehr aus strategischen Gründen als aus inhaltlicher Überzeugung zu einer Verbindung von Armee und Republikanern. Nach der Absetzung des Kaisers war es nur natürlich, daß die Streitkräfte, die keine Ambitionen hegten, die Regierungsgeschäfte auf Dauer selbst zu führen, sich auf diejenigen Kräfte stützen, deren *raison d'être* in der Errichtung einer republikanischen Ordnung bestand. So gelangten die Republikaner im Kielwasser des Militärs an die Macht.

Dieses Kooptierung der Armee durch eine politische Gruppe oder Partei, um sich gegen eine bestehende politische Situation durchzusetzen, sollte Schule machen. Künftig kam es immer wieder dazu, daß politische Kräfte, denen es nicht gelang, sich im politischen Wettbewerb auf andere Weise Geltung zu verschaffen, zur Verfolgung ihrer Ziele an die Streitkräfte appellierten. Hierbei waren sie häufig auch erfolgreich. Seit dem Sturz der Monarchie sah sich die Armee – wann immer die Umstände es erforderten (was zuletzt eine Frage des Ermessens ist) – legitimiert, wenn nicht überdies genötigt, in jedem Fall aber imstande, direkt in die Sphäre der Politik einzugreifen, eine Regierung auszuwechseln oder gar das politische System insgesamt zu verändern.

In den kommenden Jahren, in denen die Militärs selbst die politische Führung übernahmen (1889-1894), mußten sie allerdings auch feststellen, mit welchen Schwierigkeiten und Risiken dies für die eigene Militärinstitution verbunden war. Daraus zogen sie die Lehre, fortan (zumindest bis zur Militärdiktatur ab 1964) in den Hintergrund zu treten, um von dort aus, wenn es sich nach eigener Sicht nicht mehr vermeiden ließe, punktuelle, 'chirurgische' Eingriffe vorzunehmen.

So markierte der Putsch von 1889 vor allem auch einen Wandel in den militärisch-zivilen Beziehungen. Die Armee war seither nicht mehr nur eine politisch weitgehend neutrale staatliche Institution, sondern ein entscheidender politischer Akteur, der von den konkurrierenden Kräften

---

<sup>65</sup> Leôncio Basbaum, *História sincera da República: das origens até 1889*, vol. 1, 3a. ed. (São Paulo: Fulgor, 1967), S. 275 f.

ständig in den politischen Prozeß verwickelt wurde. Was von 1889 an in Brasilien geschehen sollte, geschah unter Duldung des Militärs, auf ihr Geheiß oder gar durch ihre unmittelbare Intervention. Damit übernahmen die Streitkräfte letztlich die Rolle des *Poder Moderador* des abgesetzten Kaisers. Auf diese Weise setzten sich nicht die Parteien als maßgeblicher politischer Faktor durch, sondern das Militär.

Die neue Rolle der Armee brachte Brasilien die Republik, und mit der Republik kam eine neue Verfassung. Diese wurde aber nicht, wie man es sich unter den autoritären Umständen eines Militärputschs vorstellen könnte, von den Generälen entworfen, sondern durch ein in Wahlen ermitteltes Verfassungsgebendes Parlament. Die Federführung übernahmen die Großgrundbesitzer, und im Gegensatz zum Kaiserreich jetzt vor allem die Besitzer der Kaffeeplantagen von São Paulo. Mit der 1891 verabschiedeten Verfassung wurden die rechtlichen Rahmenbedingungen des politischen Prozesses ihren Vorstellungen gemäß erheblich verändert.

Zunächst wurde das Präsidialsystem eingeführt. Damit übernahm Brasilien dieselbe Regierungsform wie die übrigen lateinamerikanischen Staaten. Es waren aber freilich nicht die instabilen Republiken Lateinamerikas, die hier als Vorbild dienten, sondern vielmehr die USA. Durch die Wählbarkeit des ersten Mannes im Staat wurde der politische Raum gegenüber der Monarchie erheblich erweitert. Kaum ein anderes Problem aktiviert seither das politische Leben Brasiliens so sehr wie die Amtsnachfolge der Präsidenten. In bezug auf die Parteien muß allerdings angenommen werden, daß die Entscheidung für das Präsidialsystem, statt des Parlamentarismus, zu ihrer Schwächung beigetragen hat:

In den direkten Präsidentschaftswahlen (wie übrigens auch bei Plebisziten) büßen die Parteien ihre Mittlerfunktion zwischen Bevölkerung und staatlicher Führungsspitze ein. Da die Person der Präsidentschaftskandidaten im Vordergrund steht, wirken die Direktwahlen der Entstehung von Parteibindungen der Wählerschaft eher entgegen. Der Individualismus in der Politik wird dadurch verstärkt.<sup>66</sup>

Außerdem wird im Präsidialsystem dem Parlament eine Exekutive gegenübergesetzt, die nicht selbst vom Parlament legitimiert wurde, jedoch zur Gewährleistung der Regierungsfähigkeit eine parlamentarische Mehrheit erzielen muß. Durch diese Entkoppelung von Parlament und Regierung ermöglicht das Präsidialsystem seinerseits ein viel größeres Konfliktpotential zwischen Legislative und Exekutive als im Parlamentarismus. Im parlamentarischen Regierungssystem hingegen, in dem der Regierungschef vom Parlament bestimmt wird, ist die Bildung einer Regierungsmehrheit überhaupt erst die Voraussetzung für die Regierungsbildung. Dadurch formen hier Regierung und Regierungsmehrheit geradezu eine politische Einheit, durch die das klassische Konzept der Gewaltenteilung fast zur Aufhebung kommt. Die politische Trennlinie

---

<sup>66</sup> In diese Richtung äußert sich auch Jean Charlot hinsichtlich der Einführung des (gemischten) Präsidialsystems durch die französische Fünfte Republik im Gegensatz zur parlamentaristisch verfaßten Vierten Republik: „Durch die starke politische Persönlichkeit de Gaulles, der erste Präsident der Fünften Republik (1959-1969), und zudem die Einführung der Präsidentschaftswahl in allgemeinen und direkten Wahlen wurden das politische Leben und die Parteien in Frankreich seit 1958-65 stark personalisiert. Die Kommunistische Partei sieht in dieser Präsidentialisierung einen der Hauptgründe für ihren Wahlniedergang. Einige Sozialisten bedauern – trotz der Vorteile, die die PS hieraus gezogen hat – ebenfalls diese Präsidentialisierung, in der sie eine Ursache für die Schwächung ihrer Doktrin und Militanz sehen... Auf der rechten Seite scheint der politische Wettbewerb immer mehr zur Konkurrenz zwischen künftigen Präsidentschaftskandidaten zu führen ... anstelle eines Ringens von Kollektivorganisationen um die Macht... Durch eine Art Amerikanisierung der französischen Parteien durch die Präsidentschaftswahl schätzen und identifizieren sich die Franzosen mit den Parteien umso mehr, als diese Persönlichkeiten von präsidentieller Statur verkörpern; die französischen Parteien restrukturieren und verbünden sich in Funktion der Präsidentschaftswahl.“ Jean Charlot, *Les partis politiques en France*, (Paris: Ministère des Relations Extérieures – Service d'information et de presse, 1986), S. 8.

verläuft im Parlamentarismus weniger zwischen Regierung und Parlament als vielmehr zwischen Regierungsmehrheit und Opposition.<sup>67</sup> Dadurch bestehen im Parlamentarismus wesentlich bessere Aussichten für eine Synchronität zwischen den beiden Gewalten als im Präsidentsystem. Aufgrund der potentiellen Einheit von Regierung und Regierungsmehrheit ist im parlamentarischen System die Beteiligung der Parteien bzw. der Mehrheitsparteien beim Vorgang des Regierens viel eher gegeben als im Präsidentsystem. Aus diesen Gründen erfahren die Parteien im Präsidentsystem prinzipiell eine politische Abwertung gegenüber dem Parlamentarismus.

Eine zweite wichtige Veränderung betraf das Stimmrecht. Wie wir gesehen haben, war während des Kaiserreichs der Kreis der Wahlberechtigten immer stärker reduziert worden. Durch die Voraussetzung des Mindestalters von 25 Jahren, der Alphabetisierung und vor allem der sehr hohen Einkommensschranken, wie sie das Wahlgesetz von 1881 vorsah, wurde der Anteil der Stimmberechtigten zuletzt auf ein Prozent der Gesamtbevölkerung zurückgedrängt. Die republikanische Verfassung von 1891, und vor ihr das Wahlgesetz von 1890, setzte das Mindestalter auf 21 Jahre herab und hob alle Beschränkungen hinsichtlich des Einkommens auf. Vom Wahlgang ausgeschlossen blieben allerdings Frauen, Analphabeten, Soldaten und Mitglieder religiöser Orden.

Trotz der Aufhebung des Wahlzensus lag damit der Anteil der Stimmberechtigten immer noch bei nur etwa 5% der Bevölkerung. Durch die geringe Wahlbeteiligung nahmen tatsächlich nur zwischen 1,5 und 3% der Gesamtbevölkerung an den Wahlen teil.<sup>68</sup> Damit war die politische Partizipation in der Alten Republik geringer als im monarchischen Brasilien in der Zeit vor 1881. Zudem ist darauf hinzuweisen, daß das Prinzip der geheimen Wahlen noch immer nicht eingeführt wurde und Wahlmanipulationen auch weiterhin die Regel bildeten. Das Wahlrecht spiegelte also nach wie vor eine politische Ausschlußgesellschaft wider. Von einem wirklich bedeutenden demokratischen Fortschritt kann von daher nicht gesprochen werden. Für die Entwicklung starker Parteien konnte dies auch unter nunmehr republikanischen Bedingungen nicht förderlich sein.

Das wahrscheinlich am stärksten hervorstechende Merkmal der Verfassung von 1891 aber ist ihr äußerst föderalistischer Charakter. Der Gedanke des Föderalismus durchzog bereits die gesamte Geschichte seit der Unabhängigkeit. Er war bei der Verfassungsdiskussion von 1823 und bei den Reformdebatten während der Regentschaft präsent, bildete ein Hauptmotiv für verschiedene regionale Aufstände sowie ein Grundprinzip der Liberalen und später der Republikanischen Partei. Gegen die zentralistischen Tendenzen der Konservativen und der beiden Kaiser selbst kam das föderalistische Ideal aber nicht zur Durchsetzung, bis es sich am 15. November 1889 mit Ausrufung der 'Föderativen Republik' und Bildung der 'Vereinigten Staaten von Brasilien' Bahn brach.<sup>69</sup>

Die neue Verfassung stattete die in Bundesstaaten umgewandelten ehemaligen Provinzen mit weitgehender Autonomie aus. Sie garantierte insbesondere das Recht eines jeden Staates, über ihren politischen Aufbau in eigenen Verfassungen zu entscheiden, ihr Justizwesen und Wahlsystem selbst zu organisieren, Exportsteuern zu erheben und sogar Auslandsschulden aufzunehmen sowie eigene Truppen (Milizen) zu unterhalten. Waren im Kaiserreich die

---

<sup>67</sup> Zum Dualismus von Parlamentsmehrheit und parlamentarischer Opposition in der bundesdeutschen Politik siehe Wolfgang Rudzio, *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland: eine Einführung*, 3. überarbeitete und aktualisierte Auflage (Opladen: Leske und Budrich, 1991), S. 223-231.

<sup>68</sup> Zahlen nach Bolívar Lamounier / Judith Muszynski, *O processo eleitoral brasileiro, da Velha à Nova República*, Serie Textos IDESP, texto no. 34 (São Paulo: IDESP, 1989), S.19, Tabelle 3.1.

<sup>69</sup> Das Dekret Nr. 1 vom 15. November 1889, welches die Republik proklamiert, bestimmt die 'Föderative Republik' als Regierungsform (Art. 1) und die 'Vereinigten Staaten von Brasilien' als Staatsbezeichnung (Art. 2).

Provinzen kaum mehr als Verwaltungseinheiten des Zentralstaats gewesen, wurden die Bundesstaaten nach 1889 zur eigentlichen Bezugsgröße des politischen Geschehens.

Hierdurch nahm der politische Prozeß in der Alten Republik gegenüber dem Kaiserreich eine ganz andere Form an. In der Monarchie hatte die Zentralregierung sehr stark in das politische Leben der Provinzen eingegriffen. Sie hatte die Provinzpräsidenten eingesetzt und die Wahlen so manipuliert, daß sie immer zu ihren Gunsten ausgingen. Die öffentliche Gewalt des Zentralstaates war dadurch der privaten Macht der *coroneis* und der Oligarchien entgegengetreten und hatte sie begrenzt. Unter den föderalistischen Bedingungen der Alten Republik jedoch entfiel dieses Gegengewicht des Zentralstaats, und die Mechanismen des *coronelismo* und die Herrschaft der Oligarchien konnten sich fast ungehindert entfalten. Auf regionaler Ebene reduzierte sich der politische Prozeß somit im wesentlichen auf das Ringen der einflußreichsten Familien um die politische Dominanz im Bundesstaat.

Auf der nationalen Ebene wurde die Politik der Union durch ein Spiel der Allianzen zwischen den Bundesstaaten bestimmt. Hierbei nahmen São Paulo und Minas Gerais, die beiden in wirtschaftlicher und demographischer Hinsicht wichtigsten Staaten, innerhalb der Föderation eine Hegemonialstellung ein. In einem Dauerbündnis dominierten sie den Kongreß und stellten, von zwei Ausnahmen abgesehen, alle Präsidenten der Alten Republik.

Der südlichste Bundesstaat, Rio Grande do Sul, versuchte diese Vorherrschaft zu überwinden oder zumindest einzudämmen. Zu diesem Zweck bemühte er sich bisweilen um eine Allianz mit den Staaten des Nordostens, blieb dabei allerdings meist wenig erfolgreich. Andererseits gelang es Rio Grande do Sul zweimal (in den besagten Ausnahmefällen), das Bündnis zwischen São Paulo und Minas Gerais zu brechen und zusammen mit dem letztgenannten Bundesstaat den Präsidenten zu bestimmen (Hermes da Fonseca 1910 und Getúlio Vargas 1930). Struktur und Funktion der Parteien fügten sich, wie wir noch sehen werden, in dieses Schema von oligarchischer Herrschaft und Föderalismus ein.<sup>70</sup>

#### 4.2 Die Entwicklung der Republikanischen Partei

Unter dem Einfluß der politischen, gesellschaftlichen und literarischen Entwicklung in Europa und insbesondere in Frankreich, die von der winzigen intellektuellen Mittelschicht in den größeren Städten Brasiliens – allen voran Rio de Janeiro – intensiv verfolgt wurde, hatte der republikanische Gedanke in diesem Milieu eine gewisse Verbreitung und Anhängerschaft gefunden. Das republikanische Ideal wurde nach Basbaums Darstellung zu einem Gebot des Zeitgeists:

„Für unsere Intelligenzia war die Republik mehr ein *ästhetisches* als ein praktisches oder politisches Gefühl. Es war *chic*, Republikaner zu sein ... Ihr Republikanismus ging nach den Worten von Tristão de Athayde nicht über einen 'platonischen Applaus für die siegreichen Ideen der Demokratisierung' hinaus.“<sup>71</sup>

Dennoch hatte dieses Gefühl auch einen politischen Inhalt. Unter den Bedingungen des *Poder Moderador*, durch den der Kaiser massiv in das parlamentarische Leben eingreifen, die

---

<sup>70</sup> Zum politischen Prozeß der Alten Republik siehe insbesondere Maria do Carmo Campello de Souza, „O processo político-partidário na Primeira República“, org. Carlos Guilherme Mota, *Brasil em perspectiva*, 5a. ed. (São Paulo: 1974), S. 162-226.

<sup>71</sup> Leôncio Basbaum, *História sincera da República: das origens até 1889*, 3a. ed. (São Paulo: 1967) S. 197. Basbaum zitiert Tristão de Athaydes Artikel „Política e letras“ in *À margem da República* (ohne weitere Angaben).

Regierungen austauschen und den politischen Prozeß 'von oben nach unten' organisieren konnte, war die monarchische Ordnung Brasiliens in den Augen der urbanen Intelligenz nicht mit dem ihr wichtigen Gedanken der politischen Repräsentation vereinbar.

Im November 1870 trat in Rio de Janeiro eine Gruppe von Republikanern zum 'Republikanischen Verein' (*Clube Republicano*) zusammen. Im darauffolgenden Monat veröffentlichte sie das 'Republikanische Manifest'. Dieser idealistische und in den politischen Anliegen wenig konkrete Aufruf übte scharfe Kritik am *Poder Moderador* und der Monarchie überhaupt sowie an der politischen Zentralisierung. Die Hauptforderungen des Manifests waren die republikanische Staatsform und eine föderalistische Ordnung, basierend auf der „gegenseitigen Unabhängigkeit der Provinzen, durch die sie zum Rang eigener Staaten erhoben werden, welche nur durch das Band der gemeinsamen Nationalität und der Solidarität zu den hohen Interessen der Vertretung gegenüber dem Ausland und der Landesverteidigung verbunden sind.“<sup>72</sup>

Dem Beispiel Rio de Janeiros folgend entstanden bald auch in anderen Städten Republikanische Vereine, insbesondere in den Provinzen São Paulo, Minas Gerais, Rio Grande do Sul und Rio de Janeiro. In den Provinzen des Nordens und Nordostens gewannen die Republikaner nur wenig Zulauf. Dies ist darauf zurückzuführen, daß diese Regionen im Kaiserreich politisch am stärksten repräsentiert waren. Die Zuckerproduzenten des Nordens und Nordostens waren die eigentliche soziale Basis der brasilianischen Monarchie, obwohl sie sich seit der Mitte des Jahrhunderts wirtschaftlich im Niedergang befanden.

Die einzelnen Republikanischen Vereine waren zumeist voneinander unabhängig, wenn nicht gar völlig isoliert. Versuche, die verschiedenen Gruppen zusammenzufassen, scheiterten. Dies erklärt sich nicht zuletzt auch durch das von den Republikanern vertretene föderalistische Ideal. Aber selbst innerhalb der Provinzen kam es zunächst nicht zu festen Zusammenschlüssen. Lediglich in São Paulo gelang mit der 1873 gegründeten *Partido Republicano Paulista* (PRP) eine geeinte Organisation der Partei auf Provinzebene.<sup>73</sup>

Hatte der republikanische Gedanke zunächst nur in den gebildeten Kreisen einer kleinen Gruppe von idealistischen Rechtsanwälten und Journalisten Fuß gefaßt, so kam es doch bald zu einer Verbindung von Republikanismus und Großgrundbesitz. Hier war die republikanische Idee nicht mehr nur das hochfliegende Anliegen von wenigen Intellektuellen, politischen Schwärmern und Romantikern, sondern Ausdruck handfester und mächtiger wirtschaftlicher Interessen.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts setzte sich die Kaffeebohne als das wichtigste brasilianische Exportprodukt durch. In den 1830er Jahren überholte der Kaffee den Zucker als das bis dahin wichtigste Wirtschaftsgut und größte Devisenquelle. In den 1860er Jahren bildete die Kaffeeausfuhr etwa die Hälfte des Gesamtexports des Landes. Bis zum Ende des Kaiserreichs stieg der Anteil auf 57% und erreichte in der Alten Republik sogar drei Viertel der Gesamtausfuhr.<sup>74</sup>

---

<sup>72</sup> Republikanisches Manifest, abgedruckt in Vamireh Chacon, *História dos partidos brasileiros: discurso e prática dos seus programas*, (Brasília: Universidade de Brasília, 1981), hier zitiert nach S. 238.

<sup>73</sup> Zur Entstehungsphase der Republikanischen Partei in den verschiedenen Provinzen siehe George C. A. Boehrer, *Da Monarquia à República: história do Partido Republicano do Brasil (1870-1889)* (Rio de Janeiro: MEC, 1954).

<sup>74</sup> Brasilien setzte sich damit auf dem Weltmarkt als größter Kaffeeproduzent durch: von 30% der Weltproduktion um 1830 zu über 50% in den 1880er Jahren. Zahlen nach Ronald M. Schneider, *Order and Progress: a Political History of Brazil*, (Boulder: Westview, 1991), S. S. 43, Leôncio Basbaum, *História sincera da República: das origens até 1889*, 3a. ed. (São Paulo: Fulgor, 1967), S. 121 und ders., *História sincera da República: de 1889 até 1930*, 4a. ed. (São Paulo: Alfa Omega, 1976), S. 82.

Die Kaffeeproduktion konzentrierte sich auf die Provinzen des Südostens São Paulo, Minas Gerais und Rio de Janeiro, wobei sich São Paulo, wo die geographischen Bedingungen für den Anbau am günstigsten waren, an die Spitze setzte. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts befand sich São Paulo dank des Kaffees in voller wirtschaftlicher Expansion und war dabei, der bis dahin ökonomisch bedeutendsten Provinz Minas Gerais den Rang abzulaufen.

Während sich die Provinz São Paulo daran machte, sich zur Wirtschaftslokomotive des Landes zu entwickeln, war sie politisch völlig unterrepräsentiert. Im zentralistischen Kaiserreich hielten sich – über ihre Dominanz in der Konservativen und der Liberalen Partei – die alten politischen Kräfte des Nordostens (insbesondere Bahia und Pernambuco) und Rio de Janeiro an der Macht. Auf diese Weise wurden die Entwicklungserfordernisse, welche die expandierende Kaffeeproduktion in São Paulo mit sich brachte, völlig vernachlässigt. Zu diesen Erfordernissen gehörten niedrige Exportsteuern, um den Kaffeepreis im internationalen Wettbewerb niedrig halten zu können, Infrastrukturleistungen (wie insbesondere der Bau von Eisenbahnlinien für den Transport des Kaffees zum Exporthafen) und ein ausreichendes Potential an billigen Arbeitskräften. Der letzte Punkt bedeutete einerseits die Aufrechterhaltung der Sklaverei sowie andererseits eine Immigrationspolitik, die die Einwanderung von Lohnarbeitern förderte.

Diesen Grundinteressen wurde von der Regierung in Rio nicht nachgekommen. Obwohl São Paulo einen großen Teil der Steuerlast des Landes trug, floß nur wenig Geld zur notwendigen Entwicklung der Provinz zurück. Hinzu kam 1888 die endgültige und zudem unentschädigte Abschaffung der Sklaverei. Viele der Plantagenbesitzer, die sich zu dem Zeitpunkt noch zu einem wichtigen Teil auf Sklavenarbeit stützten, bewegte dies zum Bruch mit der monarchischen Ordnung und zum Eintritt in die Republikanische Partei.

Der Zentralismus des Kaiserreichs und die politische Dominanz der Provinzen des Nordostens und Rio de Janeiro, die durch die Liberale und die Konservative Partei repräsentiert wurden, waren ein starkes Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung São Paulos und anderer Provinzen und erregten die Unzufriedenheit ihrer Eliten. Ihre wichtigste Forderung war die nach Autonomie in finanzieller und wirtschaftspolitischer Hinsicht, die im zentralistischen Kaiserreich nicht erreichbar war. Gegen Ende des Kaiserreichs wurde das föderalistische Ideal von den Liberalen nur noch rhetorisch vertreten. Unter dem Einfluß des *Poder Moderador* hatten die beiden monarchischen Parteien sehr an Profil eingebüßt. All dies führte dazu, daß sich ein wichtiger Teil der regionalen Eliten vom Kaiserreich abwendete und den Republikanern zuströmte. Dies traf in besonderem Maß auf die mächtigen paulistaner Kaffeebauern zu.<sup>75</sup>

Damit unterschieden sich die paulistaner Republikaner erheblich von denen der Hauptstadt Rio de Janeiro, der anderen republikanischen Hochburg. In Rio war der Republikanismus die 'idealistische' Bewegung einer intellektuellen Gruppe der Mittelklasse. In São Paulo wurden die 'Idealisten' in der PRP bald verdrängt. Dort war der Republikanismus 'objektivistisch', das heißt weniger von schönen Gedanken als vielmehr von den Interessen der dominierenden, wirtschaftlich expandierenden, sklavenhaltenden Kaffeeproduzenten und Großgrundbesitzer angetrieben.<sup>76</sup> Diese Kombination von Entwicklungsinteresse, wirtschaftlicher Macht und politischer

---

<sup>75</sup> Zum wirtschaftlichen Hintergrund der Entwicklung der Republikanischen Partei und vor allem der PRP siehe Maria Emília Marques Zimmermann, „Da propaganda à República: a organização do Partido Republicano Paulista – 1870/1889“, org. José Roberto do Amaral Lapa, *História política da República* (Campinas: Papyrus, 1990). Der Zusammenhang zwischen dem paulistaner Republikanismus und der Problematik der Arbeitskräfte und Sklavenfrage wird eingehender behandelt bei Leôncio Basbaum, *História sincera da República: das origens até 1889*, 3a. ed. (São Paulo: Fulgor, 1967), S. 221 ff.

<sup>76</sup> Die Unterscheidung zwischen 'idealistischen' und 'objektivistischen' Republikanern wird hier übernommen von Leôncio Basbaum, *História sincera da República: das origens até 1889*, 3a. ed. (São Paulo: Fulgor, 1967), S. 218 ff.

Unterrepräsentation gaben den paulistaner Kaffeebauern, die sich in der PRP organisierten, gegenüber den Republikanern in Rio de Janeiro und im übrigen Brasilien einen eigenen Charakter und viel größere Energien. Die einzigen Gemeinsamkeiten zwischen 'Idealisten' und 'Objektivisten' waren der Wunsch nach Beendigung der Monarchie und das föderalistische Ideal.

Wie die Republik zu erreichen war, und wie sie aussehen sollte, darüber gab es keine genauen Vorstellungen. In wichtigen Punkten wie insbesondere der Sklavenfrage waren die Positionen völlig konträr. Viele der 'idealistischen' Republikaner waren gerade deshalb Republikaner, weil die Monarchie die Sklaverei zunächst aufrecht erhielt, was für sie mit den Ideen der Zeit nicht mehr vereinbar war. In São Paulo hingegen liefen der PRP mit jeder Maßnahme zur Beschränkung und Beendigung der Sklaverei mehr 'objektivistische' Republikaner zu, vor allem Kaffeebauern, die Arbeitskräfte für ihre Plantagen brauchten.

Die republikanische Bewegung war damit insgesamt betrachtet sehr inkohärent und kaum organisiert. Nur in der Stadt Rio de Janeiro und vor allem in der Provinz São Paulo gab es nennenswerte, aber voneinander unabhängige Parteistrukturen. Zudem zeigten sich die Republikaner bei Wahlen wenig erfolgreich. Noch bei den Parlamentswahlen im August 1889, also nur wenige Monate vor Ausrufung der Republik, fiel landesweit lediglich ein Siebtel der Stimmen auf die Republikanische Partei. Nur in einigen republikanischen Kernprovinzen schnitten sie besser ab – in Minas Gerais mit 30%, São Paulo mit 25% und Rio Grande do Sul mit 20%. Die Republikaner waren damit bis zum Ende des Kaiserreichs im dynamischen Südosten in der Minderheit und im großen Rest des Landes kaum mehr als eine Randgruppe.<sup>77</sup>

Nach Ausrufung der Republik drängten auch die oligarchischen Gruppen, die sich bislang in der Liberalen und der Konservativen Partei organisiert hatten, in die Republikanische Partei. Die Republikaner öffneten sich diesem Zustrom, um durch die Stärkung der Partei einen größeren Einfluß auf die Regierung zu gewinnen, die ja in den ersten Jahren (1889-1894) von den Militärs gestellt wurde. Es ging ihnen darum, eine möglichst breite und stabile Basis für eine auf zivilen Kräften beruhende republikanische Ordnung zu schaffen.<sup>78</sup>

Die 'idealistischen' Republikaner, die anfangs unter der Regierung der Militärs noch ein gewisses Gewicht besessen hatten, wurden dadurch immer mehr verdrängt. Auf diese Weise bemächtigten sich die Großgrundbesitzer und insbesondere die Kaffeeproduzenten vollständig der Republikanischen Partei. Bis zu Beginn des neuen Jahrhunderts hatten die jeweils herrschenden Agraroligarchien in allen Bundesstaaten Republikanische Parteien gegründet oder in ihnen die Führung übernommen. Sie waren damit kaum etwas anderes als das politische Werkzeug, mit dem sich die lokalen Führer ihres jeweiligen Bundesstaates ermächtigten. Mit ihren Ursprüngen als radikale Opposition gebildeter urbaner Schichten hatte die Republikanische Partei jetzt nicht mehr viel gemeinsam.

Die Inbesitznahme der Republikanischen Parteien durch die regionalen Eliten hatte zur Folge, daß sie – nachdem ihre Hauptforderungen Föderalismus und Präsidialsystem mit der neuen Verfassung erfüllt wurden – jegliche programmatische Linie verloren. Sie dienten nur noch den privaten Interessen der Agraroligarchien. Als deren persönliches Machtinstrument besaßen die

---

<sup>77</sup> Zahlen nach Vamireh Chacon, *História dos partidos brasileiros: discurso e prática dos seus programas*, (Brasília: Universidade de Brasília, 1981), S. 58. Dennoch mißt Boehrer der Republikanischen Partei eine große Bedeutung beim Sturz der Monarchie bei. Zwar wirkte sie nicht direkt am Putsch mit, trug aber nach seiner Auffassung durch die intensive republikanische Propaganda, die sie über eine Vielzahl von Zeitungen verbreitete, entscheidend dazu bei, daß die Gesellschaft auf die Republik vorbereitet wurde. Sie „beeinflusste zutiefst das brasilianische Volk und schuf so die Bedingungen dafür, daß es den Regierungswandel annahm.“ George C. A. Boehrer, *Da Monarquia à República: história do Partido Republicano do Brasil (1870-1889)* (Rio de Janeiro: MEC, 1954), S. 291.

<sup>78</sup> Vgl. José Ênio Casalecchi, *O Partido Republicano Paulista: política e poder (1889-1926)*, (São Paulo: Brasiliense, 1987), S. 60 ff.



Parteien keinerlei Funktionen hinsichtlich der gesellschaftlichen Repräsentation, keinerlei Verpflichtung gegenüber dem öffentlichen Wohl und keinerlei Konzept für den politischen Kurs Brasiliens.

### 4.3 Die Parteien im politischen System

In der Alten Republik wurde der politische Prozeß von der unangefochtenen Dominanz der oligarchischen Gruppen bestimmt. Die politische Basis ihrer Herrschaft bildeten die *coroneis*. Wie bereits an anderer Stelle erörtert wurde, hing deren Machtposition auf der lokalen Ebene weitgehend von der Zuteilung bundesstaatlicher Ressourcen und damit von ihren Verbindungen zu den regierenden politischen Kräften ab. Durch dieses coronelistische Abhängigkeitsverhältnis konnten sich die führenden Agraroligarchien eine straffe Kontrolle über ihren Bundesstaat sichern.<sup>79</sup>

Wer in einem Bundesstaat einmal an die Macht kam, konnte kaum noch abgesetzt werden. Durch die Beherrschung des Polizeiapparats und der Justiz verfügte die dominierende Elitenfaktion über effektive Mittel, das Emporkommen einer starken Opposition zu verhindern. Daneben schufen sie über die Verteilung öffentlicher Aufträge und Posten Anreize zum 'Situationismus'.

Ein weiteres wichtiges Element ihrer Dominanz war die Beherrschung des Wahlprozesses. Die Wahlkommissionen in den Gemeinden manipulierten die Wahlen in derselben Weise wie schon zuvor im Kaiserreich. Sie entschieden, wer an den Wahlen teilnehmen konnte, fälschten Stimmzettel und betrogen bei der Stimmenauszählung. Doch anders als in der zentralistischen Monarchie bestimmten nicht mehr die von der Zentralregierung eingesetzten Provinzpräsidenten über die Zusammensetzung der Wahlkommissionen, sondern die lokalen Eliten. Auf diese Weise verschwammen die Grenzen zwischen privater Macht, Partei und Regierung vollständig. Wenn es dennoch einmal einem Gegenkandidaten gelang gewählt zu werden, erklärte das bundesstaatliche Parlament (*Assembléia Estadual*), in dem die Vertreter der führenden Oligarchie überwogen, den Wahlvorgang kurzerhand für manipuliert und entzog dem Oppositionskandidaten das Mandat.<sup>80</sup>

Ein anderes Mittel zur Abblockung der Opposition und zur Durchsetzung der Alleinherrschaft der führenden Oligarchien in den Bundesstaaten war die sogenannte 'Politik der Gouverneure' (*Política dos Governadores*). Sie bildete ein Kernstück des politischen Prozesses der Alten Republik. In den Jahren unmittelbar nach Ausrufung der Republik rangen die unterschiedlichen oligarchischen Faktionen um die Macht in ihrem jeweiligen Bundesstaat. Diese Situation führte innerhalb der Bundesstaaten zu scharfen Konflikten. Auf der Bundesebene verursachten die regionalen Machtkämpfe zudem eine starke Fraktionierung der politischen Kräfte im Kongreß. Diese Fraktionierung machte es dem Präsidenten nahezu unmöglich, eine stabile Regierungsmehrheit zu organisieren. Um die Gefahren abzuwenden, die sich aus diesem Problem für die Regierbarkeit des Landes ergaben, veranlaßte der Präsident Campos Sales (1898-1902) eine Änderung der Regelung der Mandatsanerkennung im Kongreß. Diese erlaubte es den führenden oligarchischen Gruppen, selbst bereits gewählten Oppositionskandidaten das Mandat abzuerkennen.

---

<sup>79</sup> So auch Souza: „Die Stärke der Oligarchie eines Bundesstaates ergab sich aus der Kontrolle über die großen *coroneis* in den Gemeinden, die die ohnmächtigen Wählermassen anführten, welche unfähig waren, am politischen Prozeß teilzunehmen, der ihnen durch das Repräsentationssystem der Verfassung von 1891 eröffnet worden war.“ Maria do Carmo Campello de Souza, „O processo político-partidário na Primeira República“, org. Carlos Guilherme Mota, *Brasil em perspectiva*, 5a. ed. (São Paulo: 1974), S. 185.

<sup>80</sup> Zu den Formen, durch die sich die dominierenden Oligarchien ihre Herrschaft in den Bundesstaaten sicherten und eine Entfaltung der Opposition verhinderten, siehe Carone, Edgar, *A República Velha*, Vol. 1 (*Instituições e classes sociais*), 4a. ed. (São Paulo: Difel, 1978), S. 298 ff.

Bei den manipulierten Wahlen kam es häufig dazu, daß der Sieg eines Kandidaten angefochten wurde und verschiedene Kandidaten Anspruch auf ein und denselben Mandatsplatz erhoben. Die letzte Entscheidung darüber, wem ein Mandat im Bundeskongreß zufiel, lag bei einer speziell zu diesem Zweck eingerichteten Parlamentskommission. Die 'Politik der Gouverneure' beruhte auf der Vorgabe, daß diese Kommission im Zweifelsfalle nur denjenigen Kandidat als gewählt anerkennt, der die dominierenden Kräfte seines Bundesstaates vertrat, also den Gouverneur und die tonangebende oligarchische Gruppe. So wies Campos Sales an:

„Außer unter Beweis des Gegenteils geht die Präsumpion (der Legitimität des Mandats, d.V.) zugunsten desjenigen, der gemäß der dominierenden Politik des jeweiligen Bundesstaates beansprucht, gewählt worden zu sein.“<sup>81</sup>

Mit Hilfe der 'Politik der Gouverneure' konnten die führenden Oligarchien ihre Machtposition in den Bundesstaaten ausbauen. Die Zentralgewalt griff in der Regel nicht in die inneren Angelegenheiten der Bundesstaaten ein. Dies traf jedenfalls auf die großen und hinsichtlich ihrer Repräsentation im Kongreß wichtigen Bundesstaaten zu. Nur in einigen kleineren und rückständigeren Bundesstaaten kam es im Konfliktfalle zu Bundesinterventionen und sogar zum Einsatz des Militärs. Im Gegenzug für die regionale Autonomie gewährten die Bundesstaaten dem Präsidenten ihre Unterstützung im Kongreß, ohne die er nicht hätte regieren können. Damit entstand ein ausgefeiltes System, in dem die Bundesstaaten tatsächlich den politischen Prozeß beherrschten.<sup>82</sup>

Die darlegten Herrschaftsbedingungen der Alten Republik ließen auf der Regionalebene nur Einparteiensysteme oder Hegemonialparteiensysteme zu, die den führenden Gruppen die persönliche Dominanz über den Bundesstaat gewährleistete. Die Entwicklung eines Mehrparteiensystems war ausgeschlossen. Unter diesen Umständen hatten oppositionelle Gruppen keine Chance, sich in Wahlen gegen die führenden Oligarchien durchzusetzen. Ihnen blieb nur, sich mit den maßgebenden Kräften zu arrangieren, sofern dies möglich war, oder aber sich gewaltsam gegen die Regierung des Bundesstaates zu erheben und zu versuchen sie abzusetzen. Welchem der beiden Muster die Beziehungen zwischen der herrschenden Gruppe und den politischen Gegnern entsprachen – ob Kooptation der Opposition oder aber Konflikt zwischen Regierung und Opposition –, bestimmte wesentlich die politische Situation in den Bundesstaaten sowie ihr jeweiliges politisches Gewicht innerhalb der Union.

In den beiden reichen und entwickelten Bundesstaaten São Paulo und Minas Gerais, in denen Aufbau und Interessen der Gesellschaft ein höheres Maß an Komplexität besaßen, sorgte die Partei für einen gewissen Ausgleich zwischen den verschiedenen konkurrierenden oligarchischen Faktionen. Oppositionelle Gruppen wurden innerhalb ihrer Reihen geduldet, solange sie die bestehenden Herrschaftsverhältnisse nicht grundlegend in Frage stellten und gefährdeten. Die diversen Forderungen wurden über die Parteistruktur an die politische Kuppel weitergeleitet. Zudem bekämpfte der Parteiapparat die mißbräuchlichen Praktiken der oligarchischen Politik, um Spannungen innerhalb der Partei sowie zwischen Partei und Gesellschaft zu vermeiden. In den beiden Fällen trugen die Parteien somit wesentlich zur Abschwächung des Konfliktpotentials bei.

---

<sup>81</sup> Campos Sales, Da propaganda à presidência, zitiert nach Maria do Carmo Campello de Souza, „O processo político-partidário na Primeira República“, org. Carlos Guilherme Mota, Brasil em perspectiva, 5a. ed. (São Paulo: 1974), S. 184.

<sup>82</sup> Zu einer eingehenderen Beschreibung der 'Politik der Gouverneure' siehe ebd., S. 181 ff.

Integrationskraft und politische Stärke der Republikanischen Parteien von São Paulo (PRP) und Minas Gerais (PRM) sicherten diesen Bundesstaaten die Führungsrolle innerhalb der Union, die sich, so Souza, insbesondere bei der Bestimmung des Präsidenten bemerkbar machte:

„In einem System ohne nationale Parteien nahm die Zuwegleitung der (Präsidentschafts-)Nachfolge eine außergewöhnlich komplexe Form an. Die Parteistruktur eines jeden Bundesstaates wurde der Hauptbestimmungsfaktor für die politische Bedeutung, die ihnen jeweils zufiel. Die Hegemonie des Prozesses, die die Bundesstaaten mit der größten wirtschaftlichen und demographischen Kraft, Minas und São Paulo, an sich zogen, wurde durch ihre Parteiorganisationen garantiert. Diese besaßen nahezu denselben Rahmen: Einheitspartei, die die Gesamtheit der politischen Kräfte absorbierte (RPR in São Paulo und PRM in Minas Gerais), kommandiert von einer Zentralen Exekutivkommission; auf die innerparteiliche Ebene kanalisierte Konflikte; monolithischer Charakter auf der Bundesebene. Im allgemeinen formten die Vertretungen der beiden Bundesstaaten kompakte Gruppen im Bundeskongreß, und in seinem Namen sicherten sich Minas und São Paulo die Kontrolle der nationalen Politik.“<sup>83</sup>

Im drittichtigsten Bundesstaat, Rio Grande do Sul, waren die politischen Kräfte in zwei Lager gespalten: die Republikanische Partei und die Föderalistische Partei (*Partido Federalista*), die sich später Befreiungspartei (*Partido Libertador*) nannte. Innerhalb des Bundesstaates führten die fortdauernde Dominanz der Republikanischen Partei und der entsprechende politische Ausschluß der Opposition zu ständigen gewalttätigen Auseinandersetzungen. Da es in Rio Grande do Sul im Gegensatz zu São Paulo und Minas Gerais nicht gelang, alle politischen Kräfte in einer einzigen Partei zu bündeln, war dessen politisches Gewicht innerhalb der Union gegenüber den beiden führenden Bundesstaaten stark eingeschränkt.

In den meisten Bundesstaaten befanden sich die Republikanische Partei und mit ihr die bundesstaatliche Regierung in der Hand einer einzigen Person oder Familie. In diesen Fällen hatten die Parteien keine Eigenständigkeit als Organisation und dienten lediglich der persönlichen Machterhaltung des politischen Führers. Der vollständige und permanente Ausschluß oppositioneller Elitenfaktionen entlud sich hier häufiger in gewalttätigen Konflikten, die mitunter fast bürgerkriegsähnliche Ausmaße erreichen konnten. In einigen dieser Bundesstaaten kam es zu Interventionen der Zentralgewalt, die ihre Streitkräfte gegen die herrschenden Oligarchien aussandte, um – je nach Situation und Interpretation – die Ordnung aufrechtzuerhalten und politische Gegner abzusetzen.<sup>84</sup>

Das die meiste Zeit hindurch bestehende Bündnis zwischen den Republikanischen Parteien von Minas Gerais und São Paulo konstituierte ein starkes politisches Zentrum innerhalb der Staatsverbände, welches die Funktionsfähigkeit der Zentralgewalt und damit auch die republikanische Ordnung sicherte. Diese besondere Stellung der beiden Parteien in der Bundespolitik beschreibt Melo Franco in einer eher apologetischen Weise:

---

<sup>83</sup> ebd., S. 186 f. Die dominierende Rolle des Verbunds der beiden Bundesstaaten São Paulos und Minas Gerais auf Bundesebene wird mit dem Begriff der 'Politik des Milchkaffees' (*política do café com leite*) umschrieben. Kaffee steht hierbei für São Paulo, den Bundesstaat mit der größten Kaffeeproduktion, und Milch für die Rinderzucht in Minas Gerais.

<sup>84</sup> Zur 'Geographie der Oligarchien' und zur Rolle der Parteien in den oligarchischen Politikmustern in den verschiedenen Regionen während der Alten Republik siehe Carone, Edgar, *A República Velha*, Vol. 1 (*Instituições e classes sociais*), 4a. ed. (São Paulo: Difel, 1978), S. 273 ff.

„Indem der Präsident der Republik die Streitkräfte durch das Staatsgebiet bewegte..., konnte er die Bedrohung seiner Autorität durch die Provinzpotentaten abwenden. Seine Macht wurde im Kongreß gewöhnlich durch den Zusammenschluß der beiden größten bundesstaatlichen Fraktionen garantiert, die aus São Paulo und aus Minas, repräsentiert durch die beiden Parteien. Aus dem Grund läßt sich sagen, daß diese beiden bundesstaatlichen Parteien in der Ersten Republik tatsächlich eine nationale Funktion besaßen.

Es wird manchmal behauptet, sie dominierten das Land. Das ist möglich. Aber sie taten dies mit dem Ziel, die höhere Autorität des Staatsherrn zu garantieren, ohne welche die politische Unordnung der Republik noch viel größer gewesen wäre, als sie ohnehin schon war.“<sup>85</sup>

Es gab verschiedene Anläufe zur Gründung von Parteien auf Bundesebene, die – mit Ausnahme des Sonderfalls der Kommunistischen Partei Brasiliens (PCB) – jedoch allesamt fehlschlagen. Die Parteien mit nationalem Anspruch wurden immer aus einer momentanen Motivlage heraus ins Leben gerufen, entweder um eine Präsidentschaftskandidatur oder eine Regierung zu unterstützen, nicht aber aus ideologischen oder inhaltlichen Gründen:

- Die Republikanische Bundespartei (Partido Republicano Federal, PRF) entstand 1893 als verlängerter Arm der Republikaner von São Paulo (PRP) zur Unterstützung der Präsidentschaftskandidatur von Prudente de Moraes. Während der Amtszeit Prudentes kam es zur Spaltung der Partei und später zu ihrer Auflösung.
- Unter der politischen Führung von Pinheiro Machado wurde 1909 die Konservative Republikanische Partei (Partido Republicano Conservador, PRC) gegründet, um die hinter dem amtierenden Präsidenten Hermes da Fonseca stehenden parlamentarischen Kräfte zu einem Block zusammenzufassen und damit zugleich auch die Kontrolle über die Regierung zu gewinnen. Der politische Einfluß der PRC blieb jedoch sehr eingeschränkt, da sich Hermes da Fonseca, selbst Militär, zur Schaffung eines politischen Fundaments in den Bundesstaaten weitgehend auf die Armee stützte.<sup>86</sup> Außerdem vereinigten sich die Republikaner von São Paulo und Minas Gerais gegen die PRC, in der die politischen Kräfte von Rio Grande do Sul dominierten. Die PRC verlor unter dem Nachfolger Fonsecas, Campos Sales, weiter an Geltung und löste sich 1915 nach der Ermordung ihres Parteiführers, Pinheiro Machado, ganz auf.
- Die Liberale Republikanische Partei (Partido Republicano Liberal PRL) schließlich wurde 1913 von Rui Barbosa und seiner politischen Anhängerschaft gegründet, um seine Präsidentschaftskandidatur zu organisieren. Als Barbosa die Kandidatur wieder zurückzog, erlosch auch die PRL.<sup>87</sup>

---

<sup>85</sup> Afonso Arinos de Melo Franco, *História e teoria dos partidos políticos no Brasil*, 3a. ed., (São Paulo: Alfa-Omega, 1980), S. 59.

<sup>86</sup> In einigen der schwächeren Bundesstaaten des Nordens und Nordostens griffen die Streitkräfte ein, um die führenden Oligarchien durch regierungsfreundliche Kräfte und insbesondere Militärs zu ersetzen. Hiervon wurden selbst Gruppen betroffen, die Pinheiro Machado und die PRC unterstützen. Von den Eingriffen, die *salvações republicanas* (etwa: Rettungen der Republik) genannt wurden, blieben die weiter entwickelten Bundesstaaten (vor allem São Paulo, Minas Gerais und Rio Grande do Sul) aufgrund ihrer politischen Struktur (sie wurden nicht von einer Familie dominiert, sondern die führenden Oligarchien organisierten sich in der jeweiligen Republikanischen Partei zu robusten Machtblöcken) und der Stärke ihrer Milizen verschont.

<sup>87</sup> Neben diesen mißglückten Parteigründungsversuchen bildeten sich verschiedene politische Allianzen mit nationalem Charakter, die ebenfalls das Ziel verfolgten, eine Präsidentschaftskandidatur

Das Fehlen nationaler Parteien ist zunächst auf die föderalistische Struktur des politischen Prozesses zurückzuführen. In einem System, in dem aufgrund der geringen sozialen Komplexität und des politischen Ausschlusses des überwiegenden Teils der Gesellschaft die politischen Trennlinien nicht zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen mit divergierenden Interessenlagen und ideologischen Anschauung verliefen, sondern zwischen den bundesstaatlichen Oligarchien, war eine horizontale Aufteilung der brasilianischen Gesellschaft in verschiedene Parteien mit gesamtnationalen Ambitionen ausgeschlossen.

Darüber hinaus weiß Melo Franco auf eine tief in der politischen Kultur der Alten Republik verankerte Ablehnung gegenüber landesweit organisierten Parteien hin:

„Die republikanische Mentalität war an erster Stelle föderalistisch und an zweiter parteienfeindlich in nationaler Hinsicht.“<sup>88</sup>

Diese Verweigerung gegen Parteistrukturen auf der Bundesebene rührte nicht nur aus der föderalistischen Grundhaltung in der Alten Republik her, sondern vor allem auch aus den Erfahrungen aus dem Kaiserreich. Wie wir gesehen haben, wechselten sich im zentralistischen System unter Pedro II. die Parteien aufgrund der Eingriffe des *Poder Moderador* an der Regierungsmacht ab. Die Regierungspartei mußte sich aber auf regionaler Ebene konsolidieren, um die Kontrolle über die Provinzen zu gewinnen und dort ihren Wahlerfolg zu garantieren, denn die Wahlen kamen ja immer nach dem Regierungswechsel zu dessen formaler Bestätigung. Diese Eingriffe der Zentralgewalt in das politische Leben der Provinzen (und gegen die bestehenden Machtverhältnisse) führten gegen Ende des Kaiserreichs zu einer Abwertung der beiden großen Parteien, der Liberalen und Konservativen, sowie zu einer feindlichen Haltung gegenüber nationalen Parteien schlechthin.

#### 4.4 Die Krise der Alten Republik

In Abwesenheit landesweit organisierter Parteien beherrschten die Republikanischen Parteien von Minas Gerais und São Paulo die Bundespolitik. Von ihrem dominierenden Einfluß wurde in besonderem Maße die Wirtschafts- und Finanzpolitik betroffen. Während der ganzen Alten Republik unterwarf sie sich in der Folge ganz den Interessen der Kaffeeproduktion, die sich im wesentlichen auf diese beiden Bundesstaaten konzentrierte. Wann immer es den Kaffeeinteressen zugute kam, wich die Bundespolitik von der liberalen Grundlinie des staatlichen *laissez faire* ab. Um die Wettbewerbsfähigkeit und Einkünfte der Kaffeeproduzenten zu gewährleisten sowie Preisschwankungen des Weltmarkts auszugleichen, wurden Produktionsüberschüsse vom Staat aufgekauft, für Exporteure günstigere Devisenkurse eingeführt und die Währung abgewertet. Die Stützung der Kaffeepreise war oberste Priorität, auch wenn dadurch die öffentlichen Finanzen erheblich belastet wurden.<sup>89</sup>

Die Folge dieser Politik war ein Ansteigen des Haushaltsdefizits, der Inflation und der Auslandsverschuldung. Um diesen Problemen zu begegnen, mußten die Staatseinnahmen erhöht werden. Zu dem Zweck wurden die Zolltarife angehoben. Hieraus ergab sich ein protektionistischer Begleiteffekt, durch den die spontane Industrialisierung Brasiliens stark

---

durchzusetzen, sich aber von vorneherein nicht als Partei organisierten. Hierbei handelt es sich um die *Campanha Civilista* (1909), die *Reação Republicana* (1913) und die *Aliança Liberal* (1929), welche jeweils die Kandidaturen von Rui Barbosa, Nilo Pecanha und Getúlio Vargas unterstützten.

<sup>88</sup> Siehe Afonso Arinos de Melo Franco, *História e teoria dos partidos políticos no Brasil*, 3a. ed., (São Paulo: Alfa-Omega, 1980), S. 53 ff. Das Zitat befindet sich auf S. 53.

<sup>89</sup> Siehe Maria do Carmo Campello de Souza, „O processo político-partidário na Primeira República“, org. Carlos Guilherme Mota, *Brasil em perspectiva*, 5a. ed. (São Paulo: 1974), S. 167 f.

gefördert wurde. Der allmählich fortschreitende Industrialisierungsprozeß zog wiederum ein Anwachsen der urbanen Mittelschichten und der Arbeiterschaft nach sich.

Die auf diese Weise zunehmende Komplexität und Interessenvielfalt der Gesellschaft führte dazu, daß die Vorherrschaft der Agraroligarchien sowie die mit ihr verbundenen politischen Praktiken und Inhalte immer stärker in Frage gestellt wurden. Der soziale Wandel und die sinkende Legitimität der politischen Ordnung mußten früher oder später auch auf der politischen Bühne durchschlagen. So entstanden in den Jahren um 1920 politische Gegenströmungen zur dominierenden Situation. Diese Strömungen gingen in drei unterschiedliche Richtungen:

Innerhalb der Streitkräfte entstand der sogenannte '*tenentismo*' (von *tenente* – Leutnant). Hierbei handelte es sich um eine Bewegung der unteren Offiziersränge, die die Autorität und Integrität der Militärinstitution durch Angriffe ziviler Politiker gefährdet sahen und eine Moralisierung der in ihren Augen degenerierten politischen Zustände forderten. Nach ihrem Selbstverständnis besaßen sie eine patriotische Verpflichtung zur Rettung der republikanischen Institutionen vor den Mißbräuchen der Oligarchien und zur Förderung des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts.

Die *tenentes* besaßen jedoch weder konkretere politische Zielvorstellungen noch feste Organisationsstrukturen. Darüber hinaus beschränkten sie sich auf das Militärmilieu, ohne enge Verbindungen zu zivilen Kräften aufzubauen. So führte diese in der brasilianischen Geschichte wichtige soziale Bewegung auch nicht zur Gründung einer neuen Partei. Ihr tatsächliches politisches Gewicht war entsprechend begrenzt. Ihre verschiedenen bewaffnete Aufstände wurden allesamt niedergeworfen.<sup>90</sup>

Zeitlich parallel zum *tenentismo* entwickelte sich die Brasilianische Kommunistische Partei (*Partido Comunista Brasileiro*, PCB). Seit den Anfängen der brasilianischen Arbeiterbewegung bestand eine politische Auseinandersetzung mit dem Marxismus. Unter dem Einfluß der italienischen Einwanderung war die Arbeiterbewegung ursprünglich eher anarchistisch geprägt. Mit der Oktoberrevolution von 1917 und der nachfolgenden Entwicklung in Rußland setzte sich aber schließlich das bolschewistische Vorbild immer stärker durch.

Durch den Zusammenschluß verschiedener pro-bolschewistischer Gruppen entstand so 1922 die PCB, die 1924 in die Kommunistische Internationale aufgenommen wurde. Als einzige Partei der Alten Republik besaß sie landesweite Organisationsstrukturen und Aktivitäten. Dies bedeutet allerdings nicht, daß die Kommunisten in Brasilien je eine starke und für die bestehende politische Ordnung bedrohliche Kraft dargestellt hätten. Sie waren immer nur eine kleine, wenn auch sehr aktive Minderheit. Während der Alten Republik war die PCB außerdem verboten. Abgesehen von einem kurzen Zeitraum der Legalität zwischen 1945 und 1947 wurde sie erst nach dem Ende der Militärdiktatur 1985 als Partei zugelassen.<sup>91</sup>

Eine dritte Gegenströmung gegen die 'oligarchische Situation' formierte sich aus Teilen der aufstrebenden urbanen Mittelschichten und Dissidenten der allmächtigen Republikanischen Partei. In den 10er und 20er Jahren organisierten sich Gruppen der gehobenen bürgerlichen Mittelschichten in verschiedenen Ligen (*Liga Nacionalista*, *Liga de Defesa Nacional*, *Liga do Voto Secreto*, *Partido da Mocidade*). Das politische Profil dieser Ligen war stark moralistisch geprägt. Ihre Kritik kreiste vorrangig um Fragen der politischen Form und des ethischen

---

<sup>90</sup> Zum Phänomen des *tenentismo* siehe u.a. José Augusto Drummond, *O movimento tenentista: intervencionismo militar e conflito hierárquico* (Rio de Janeiro: Graal: 1986).

<sup>91</sup> Zur Entwicklung der PCB in der Alten Republik siehe Carone, Edgar, *A República Velha*, Vol. 1 (*Instituições e classes sociais*), 4a. ed. (São Paulo: Difel, 1978), S. 320-345.

Verhaltens. Soziale Fragen waren bestenfalls von sekundärer Bedeutung. Die Ligen hoben patriotische Pflichten des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft hervor. Zu ihren wichtigsten Kritikpunkten gehörten die Willkür der übermächtigen Exekutivgewalt, die Unterwürfigkeit des Parlaments, die Aushöhlung der Bürgerrechte, die Wahlfälschungen und die Gewalt, mit der sich die herrschenden Oligarchien an der Macht hielten. Sie forderten das geheime Wahlrecht, einen stärkeren Respekt der Rechtsordnung, der individuellen Freiheiten sowie der liberalen und demokratischen Prinzipien der Verfassung. Diese verschiedenen Bewegungen mündeten 1926 in São Paulo in die Gründung der Demokratischen Partei (*Partido Democrático*).